

JOBCENTER-KRISE

Politik und Gewerkschaft machen Front gegen Rerup

**UTE LEVISEN***Lokalredakteurin**25. Februar 2020 Hadersleben/Haderslev**Zuletzt aktualisiert um: 13:06 Uhr*

Mogens Rerup (parteilos) und der Vorsitzende des Finanzausschusses, Bürgermeister H. P. Geil (Venstre)

Foto: Ute Levisen

Der Finanzausschuss der Kommune Hadersleben und die Gewerkschaften HK und „Dansk Socialrådgiverforening“ antworten auf interne Kritik an den Zuständen im Arbeitsamt mit einer gemeinsamen Kampfansage an Bürgerrepräsentant und Politiker Mogens Rerup.

Der umstrittene Einsatzplan, der Zielvorgaben für die Arbeitsmarktpolitik der Kommune Hadersleben definiert und damit Mitarbeiter des Jobcenters unter „Erfolgsdruck“ setzt, nimmt nach der [Kritik von Beschäftigungsminister Peter Hummelgaard](#) (Sozialdemokratie) zum Wochenanfang eine überraschende Wendung.

Kritik von Ex-Mitarbeiterin

Eine ehemalige Sozialberaterin des Haderslebener Jobcenters hatte in der Vorwoche in einer mehrere Seiten umfassenden Mail an sämtliche Politiker des Finanzausschusses vernichtende Kritik an den Arbeitsabläufen und am Arbeitsklima im Jobcenter – vor allem aber an dessen Leitung geäußert. Diese Kritik kann die Arbeitsamtsleitung laut einer internen Mail, die dem „Nordschleswiger“ vorliegt, nicht wiedererkennen.

Die Mail der ehemaligen Mitarbeiterin hatte Mogens Rerup, pensionierter Sozialberater, ehrenamtlich tätiger Bürgerrepräsentant sowie parteiloses Mitglied des Kommunalparlaments, am Wochenende in seinem sozialen Netzwerk veröffentlicht.

Prompte Reaktion

Die Reaktion ließ nicht auf sich warten.

Am Montag veröffentlichte der kommunale Finanzausschuss, der für Personalangelegenheiten zuständig ist, seinerseits eine Erklärung an die Mitarbeiter des Jobcenters, die in weiten Teilen eine Kampfansage an Rerup ist – und dies ungeachtet der Tatsache, dass Mogens Rerup, wie die Verfasserin des Schreibens ausdrücklich betont, nicht von ihrer Kritik umfasst ist.

„Unberechtigte Kritik“

Davon lassen sich die Politiker nicht beirren. Der Finanzausschuss kündigt an, er wolle mit den Gewerkschaften HK und „Dansk Socialrådgiverforening“ zusammenarbeiten, weil „eine ganze Reihe“ von Mitarbeitern des Jobcenters unter einem psychisch belastenden Arbeitsklima leiden würden und sich in Ausübung ihrer Pflicht von Rerup „schikaniert“ oder „bedroht“ fühlten. Viele seien von Mogens Rerup zudem in sozialen Netzwerken bei Nennung ihres Namens bloßgestellt worden.

Rechtssicherheit der Bürger ist Herzenssache

Ein solches Verhalten sei inakzeptabel, heißt es in dem Schreiben von Gewerkschaften und Kommune weiter. Darin wird ausdrücklich betont, dass sich der Finanzausschuss für die Rechtssicherheit der Bürger einsetzt.

Apropos Rechtssicherheit: Dafür macht sich auch Rerup seit Jahren stark. Als Bürgerrepräsentant hat er im Laufe der Jahre zahlreichen Bürgern zu ihrem Recht im kommunalen System verholfen. Seine Popularität brachte ihm ein Mandat im Stadtrat ein. Dort hat eine Mehrheit entschieden, den missliebigen Politiker wegen Verunglimpfung und Bedrohung bei der Polizei anzuzeigen.

Konkrete Vorschläge gewünscht

Bemerkenswert: Auf die interne Kritik der ehemaligen Mitarbeiterin des Jobcenters, die wegen der psychisch belastenden Atmosphäre dort krankgemeldet ist, geht das Schreiben, das auch von den Gewerkschaften der Mitarbeiter unterzeichnet worden ist, mit keiner Silbe ein. Nur so viel: „Der Finanzausschuss distanziert sich von unberechtigter Kritik, die das Vertrauen in unsere Mitarbeiter, vor allem namentlich genannter Personen, untergräbt.“

Zu guter Letzt folgt ein Appell von Politikern und Gewerkschaften: Alle

seien willkommen, konkrete Vorschläge einzureichen, mit denen ein gutes Arbeitsklima im Jobcenter gewährleistet werden könne.

Verzweifelter Appell im November

Die jüngste Kritik an den Arbeitsverhältnissen ist nicht die einzige. Bereits im November erhoben Mitarbeiter in einem Brief [schwere Vorwürfe](#).

Damals räumte die Chefetage ein: „Der Flaschenhals weist auf uns!“